

Inhaltsverzeichnis.

I. Mitteilung des Senats vom 19. Februar 1916:	
Waisengeld für die Kinder des Schuhmanns Schröder	S. 177.
II. Beschluß der Bürgerschaft vom 23. Februar 1916	" 177.
III. Mitteilung des Senats vom 25. Februar 1916:	
1. Ortsstatut, betreffend Sonntagsruhe im Handelsgewerbe in der Stadt Bremen	" 179.
2. Viehhandel auf dem Schlachthof	" 180.
3. Verkauf von staatlichem Gelände in Bremerhaven	" 180.
4. Apotheke der Krankenanstalt	" 182.
5. Förderung des Gemüseanbaues	" 184.
6. Jahresbericht des Tonnen- und Hafenamts	" 186.

Mitteilung des Senats

vom 19. Februar 1916.

Waisengeld für die Kinder des Schuhmanns Schröder.

Durch Beschluß von Senat und Bürgerschaft vom 14./22. März 1911 (Verhdlg. S. 225, 243) ist den drei minderjährigen Töchtern des infolge eines im Dienste erlittenen Unfalles verstorbenen Schuhmanns Schröder vom 1. April 1911 ab ein Waisengeld für jedes Kind im Betrage von 240 M, zusammen 720 M, für die Dauer von fünf Jahren bewilligt worden.

Die Polizeidirektion hat berichtet, daß die Verhältnisse der drei jetzt 11, 9 und 7 Jahre alten Kinder nach den Angaben des Vormundes unverändert sind und beantragt, das Waisengeld in der früher beschlossenen Höhe für fernere fünf Jahre weiterzubewilligen.

Der Senat stimmt diesem Antrage zu und ersucht die Bürgerschaft, ihm beizutreten.

Druckfehlerberichtigung. Der Bericht der Deputation zur Verwaltung der öffentlichen Grundstücke, betreffend bauliche Ergänzungen und Instandsetzungen im Tivoli (Verhdlg. S. 129), ist wie folgt zu berichtigen:

Die Unterschrift muß lauten: A. D. Garde statt A. B. Garde.

Beschluß der Bürgerschaft

vom 23. Februar 1916.

1. Abänderung der Verfassung der Städte Vegesack und Bremerhaven.

Die Bürgerschaft genehmigt den vorgelegten Gesetzentwurf (Verhdlg. S. 77). Sie gibt aber der bestimmten Erwartung Ausdruck, daß eine Vorlage über die endgültige Neuregelung der Verfassungen der Hafenstädte vom Senate der Bürgerschaft spätestens am 1. September 1917 zugeht.

2. Bauliche Ergänzungen und Instandsetzungen im Tivoli.

Die Bürgerschaft stimmt ebenfalls dem Antrage der Deputation zur Verwaltung der öffentlichen Grundstücke für die in der Unteranlage zu deren Bericht (Verhdlg. S. 130/31) bezeichneten Ergänzungen usw. 11 045 M auf das Budget der Bau- deputation, Abteilung Hochbau, für 1916 zu bewilligen mit der Maßgabe zu, daß der Mieter sich zur Verzinsung der Posten 9 und 10 (3350 M) verpflichtet.